

ALLIGATOR



R u n d b r i e f d e r G R Ü N E N L I G A e . V .

10/ 14 • 25. Jahrgang

11/ 14

Nachtzüge retten.....	2
ALLIGATOR-Intro.....	2
Ablehnung des TTIP Abkommens.....	5
Frieden und Umweltschutz.....	6
Ankündigung zum Gewässerschutzseminar..	7
Der Ökolöwe in Aktion.....	8
Die Oberlausitz in Aktion.....	10
Interview mit Wolfgang Riether.....	12
Bund Naturschutz Sachsen.....	14
Neues Ökodorfprojekt.....	15
Deponie Grumbach.....	16
Buch-Tipp.....	18
Dies & Das.....	19
Adressen.....	20

Alle reden von Europa.

~~Paris
Amsterdam
Kopenhagen
Innsbruck~~

Die DB nicht.

Sie will alle Autozüge und viele Nachtzüge abschaffen.

Titelfoto:
Kampagne:
„Rettet Nacht-
und Autozüge“

Nachtzüge retten!

Es war einmal ...?

Wir befestigten die Radtaschen an unserem Tandem und fuhren einfach los. So begann in den letzten zehn Jahren meist unser Urlaub. Wenn es uns nicht nach Norden durch Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern Richtung Ostsee zog, führte uns die erste Etappe einfach nur zum Berliner Hauptbahnhof. 20:06 Uhr fährt dort der City Night Line ab, um 9:24 Uhr ist man am Gare de l'Est, früher endete der Zug am Paris Gare du Nord, egal. Paris, ein guter Ausgangspunkt für die jeweils geplanten Radtouren durch Frankreich. Und: eine bequeme Reise im Liegewagen, fürs Tandem gibt es im Fahrradabteil Platz. Zugegeben, der Fahrkartenkauf war manchmal nicht ganz einfach, denn nicht jede/r Mitarbeiter/in am Schalter kennt auswendig die notwendige Tastenkombination zum Buchen des Tandemstellplatzes. Aber letztlich gingen die Bahnmitarbeiter/innen dieses Problem immer sportlich an, lösten es – und so fand

sich stets ein Weg, mit den Nachtzügen der Bahn nach Frankreich, nach Italien oder in die Schweiz zu reisen.

„Ausgeschlafene reisen nachts“ lockte die Werbung für die Nachtzüge. Richtig. Wer im Schlaf- oder Liegewagen unterwegs ist, gewinnt den Tag. Wir reisten gern so, und haben uns immer den Ausbau beziehungsweise die Verbesserung der Angebote gewünscht: weniger Umsteigevorgänge zum Beispiel nach Italien, geräumigere Fahrradabteile, Fahrrad- und Tandemmitnahme auch in Hochgeschwindigkeitszügen waren und sind einige unserer Wünsche. Doch die Zeichen der Deutschen Bahn AG deuten in eine andere Richtung, die Signale stehen auf Rot: Nach jahrzehntelangem Streckenabbau vor allem im regionalen Bereich, werden nun auch europäische Verbindungen gekappt.

Europa rückt auseinander

Er vollzieht sich schleichend: der Abbau der Nachtzugverkehre im deutschen und europäischen Schienennetz. Die aktuell öffentlich bekannten Entscheidungen laufen auf



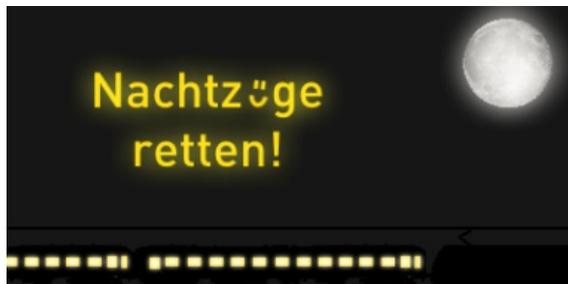
einen so gut wie kompletten Abbau des Nachtzugverkehrs in Deutschland und weitgehend auch in Europa hinaus, soweit es um grenzüberschreitende Nachtzugverkehre geht. Einen speziellen Aspekt bildet der bereits ablaufende Kahlschlag bei den Autoreisezügen der Deutschen Bahn AG.

Was ist geplant?

Die Deutsche Bahn AG will Ende Oktober 2014 die „City Night Line“-Nachtzüge nach Dänemark und Mitte Dezember 2014 nach Frankreich streichen. Auch Berlin – Amsterdam soll wegfallen. Die niederländische Metropole ist dann nachts nur noch mit Süddeutschland und der Schweiz verbunden, nicht mehr mit Prag, Warschau und Berlin. Bis Oktober 2017 will die DB AG alle Autoreisezüge abschaffen. Bereits im April 2014 wurden alle Züge ab Berlin, einige ab Düsseldorf und der Autozug

Foto rechts oben:
Nachtzug im
Hauptbahnhof
Bremen
Bildautor: Peter
von Bechen /
pixelio.de

Grafik unten
links:
erstellt von
Roland
Hauschulz,
GRÜNE LIGA



ALLIGATOR-Intro



Liebe Leser,

im aktuellen Alligator berichten wir über das Vorhaben der DB, die Nachtzüge in Deutschland und Europa abzuschaffen, es gibt Neues zum Thema 'Europäische Bürgerinitiative gegen TTIP' sowie aus der Oberlausitz und einiges mehr. Herzlich Willkommen heißen möchte ich außerdem unsere neue Föj'lerin – Nora Schiemann. Sie wird die Redaktion bei den kommenden Alligator-Ausgaben unterstützen. Ich freue mich auf eine fruchtbare Zusammenarbeit! Allen Lesern eine angenehme Lektüre!

// Anke Siegert, Red. Alligator

Impressum

Herausgeber
GRÜNE LIGA e.V.
Netzwerk ökologischer Bewegungen
Anschrift
GRÜNE LIGA e.V.
Bundesgeschäftsstelle
Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin
Tel. 030/2044745, Fax: 030/2044468
alligator@grueneliga.de
V.I.S.D.P.: Dr. Torsten Ehrke
Redaktion
Anke Siegert, Katrin Kusche
Layout
Nora Schiemann
Fotos
namentlich gekennzeichnet,
sonst ALLIGATOR-Archiv
Jahresabo
18,- EUR, Förderabo 25,- EUR
Für Mitglieder der GRÜNEN LIGA im
Mitgliedsbeitrag enthalten.
Auflage
1.100
Spendenkonto
IBAN: DE61 430 609 678 025 676 900
BIC: GENODEM 1 GLS
GLS Gemeinschaftsbank eG
(Kennwort: ALLIGATOR)

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben. Nachdruck und Weiterverbreitung der Texte nur mit vorheriger Genehmigung der Redaktion.

Hamburg – München gestrichen; ab Oktober 2014 sollen alle Verbindungen ins Ausland wegfallen. Die Automitnahme im CNL Hamburg – München und den Autozug Hamburg – Lörrach soll es nur noch bis Ende 2017 geben. Von Berlin aus und auf einigen Verbindungen ab Düsseldorf setzt die DB stattdessen bereits LKWs ein – also Autobahn statt Eisenbahn! Diese Entwicklung ist kontraproduktiv, denn sie läuft der Entwicklung umweltverträglicher Verkehrs- und Mobilitätskonzepte, wie sie auch die GRÜNE LIGA fordert, zuwider.

Klimaschutzziele gefährdet

Der Abbau des Nachtzugverkehrs widerspricht den Zielen des Klimaschutzes und einer darauf abgestimmten Verkehrspolitik. Die offizielle Verkehrspolitik auf bundesdeutscher und auf europäischer Ebene attestiert der Schiene, die am ehesten nachhaltige Verkehrsart unter allen motorisierten Verkehrsarten zu sein. Allerorten wird postuliert, daß der Schienenverkehr ausgebaut werden müsse. Doch das Gegenteil erfolgt – besonders kraß im Bereich des Nachtzugverkehrs und der europaweiten Schienenverbindungen.

Europäisches Eisenbahnkonzept durchlöchert

Zum zweiten steht dieser Abbau in auffallendem Kontrast zur offiziell erklärten Zielsetzung der Europäischen Union und ihrer Mitgliedsstaaten, durch engmaschige Verkehrsverbindungen und Verkehrsströme dazu beizutragen, daß „Europa zusammenwächst“. Tatsächlich findet im Bereich der Schiene zunehmend eine Spaltung beziehungsweise ein Aus-



einanderdriften Europas statt.

Eisenbahn wird verdrängt

Zum dritten widerspricht diese Kahlschlagpolitik der Zielsetzung, zu einer Gesundung der Eisenbahnunternehmen auf europäischer Ebene beizutragen. Mit dieser Politik droht ein fester Bestandteil des Schienenverkehrs, der diese Verkehrsart seit gut 150 Jahren kennzeichnet, ja, der geradezu zu einem Markenzeichen und zu einem identitätsstiftenden Merkmal für den Schienenverkehr geworden ist, eliminiert zu werden. Man denke nur an die Legenden, die sich um die großen europäischen Züge im allgemeinen und um die Nachtzüge im besonderen bildeten („Orientexpress“ „Fleche d´or“); siehe den Niederschlag in der Literatur (Pascal Mercier: „Nachtzug nach Lissabon“).

Der Kahlschlag in diesem Bereich ist fahrgastfeindlich und geschäftsschädigend. Umfragen unter Nutzerinnen und Nutzern der Nachtzüge und der Autoreisezüge deuten darauf hin: Wenn die Deutsche Bahn AG wie geplant vorgeht, wird sie einen großen Teil dieser bisherigen Kundschaft für immer verlieren: bei Autozügen 100 Prozent, bei Nachtzügen 75 Prozent. Die negativen Folgen, auch für das betriebswirtschaftliche Ergebnis der DB AG, die ein Wegfall ganzer Sparten wie Autoreisezug und Nachtzüge hat, werden am Ende deutlich größer sein als die – behaupteten! – aktuellen negativen Ergebnisse dieser Sparten. Wenn die Bundesrepublik Deutschland ernsthaft auf Klimaschutz setzt, muß sie sich für innovative, umweltverträgliche, auch altersgerechte Mobilitätsangebote einsetzen und ihr eigenes Unternehmen DB AG von vordergründig marktwirtschaftlich getriebenen Entscheidungen entbinden zugunsten gesamtgesellschaftlicher, konzeptioneller Weichenstellungen.

Der beschriebene neuerliche Abbau europaweiter Verbindungen läßt sich

Kahlschlagpolitik bei europäischen Eisenbahnen

Der beschriebene neuerliche Abbau europaweiter Verbindungen läßt sich



in die allgemeine Kahlschlagpolitik der europäischen Eisenbahnen einordnen. In den letzten Jahrzehnten wurden systematisch Segmente des Eisenbahnverkehrs abgebaut, die zuvor elementare Bestandteile waren. In Deutschland zählten hierzu unter anderem die Aufgabe des Postzugverkehrs (1994/95), die Aufgabe des Stückgutverkehrs (2. Hälfte 1990er Jahre); die Einstellung des Interregio (2001/02); die Verlagerung verbliebener Reisegepäckdienste auf die Straße (Ende der 1990er Jahre); die Aufgabe der personellen Präsenz und geöffneter Schalter in Tausenden Bahnhöfen seit Mitte der 1980er Jahre, beschleunigt seit der Bahnreform von 1994; das Ausgliedern des Güterverkehrs (seit Ende der 1990er Jahre); der Netzausbau vor allem in den regionalen Verästelungen („Nebenzweigen“; im Zeitraum 1994 bis 2013 wurde die Betriebslänge des Netzes um 7000 Kilometer gekappt). Wenn die Nachtzüge ganz oder weitgehend verschwinden, wird das System Eisenbahn ein weiteres Mal qualitativ geschädigt und in seiner bereits erreichten Nischenexistenz nochmals geschwächt.

Flugverkehr auf dem Vormarsch

Der Abbau der genannten Schienenverkehre steht in einem bemerkenswerten Kontrast zum systematischen Ausbau des innereuropäischen Flugverkehrs und auch zur Steigerung der Inlandsflüge in den meisten größeren Mitgliedsländern der Europäischen Union. In Deutschland wuchs der Binnenflugverkehr im Zeitraum 1994 bis 2013 um rund 70 Prozent, während der Schienenpersonenfernverkehr stagniert. Dabei wird das

Fotos: Demonstration auf dem Potsdamer Platz aufgenommen von Nora Schiemann

Fotos:
aufgenommen
von Nora
Schiemann

1 Der „Appell der 66“ ist auf der Website der GRÜNEN LIGA zu finden unter: www.grueneliga.de/aktuell.html

Nach der stattgefundenen Übergabe der Protestpostkarten aus ganz Europa besteht die Möglichkeit weiterhin aktiv zu bleiben und die Petitionen gegen die Streichung der Nachtzugverbindungen von Berlin nach Paris sowie von Dänemark nach Europa zu unterschreiben. Die Petitionen sind auf der Website der GRÜNEN LIGA zu finden unter: www.grueneliga.de/nachtzueg retten.html

Wachstum des Flugverkehrs in erheblichem Maß durch eine spezifische Verkehrspolitik gefördert und subventioniert (Kerosin ist steuerfrei; internationale Flüge sind von der Mehrwertsteuer befreit; die große Mehrzahl der Flughäfen wird durch die öffentliche Hand subventioniert). Dabei ist der Flugverkehr neben dem Pkw- und Lkw-Verkehr diejenige Verkehrsart, die am stärksten zu den Treibhausgasen beiträgt.

Markt, Willkür oder Grundgesetz

Es ist nicht primär „der Markt“ (mangelnde Nachfrage und so weiter), weswegen die Nachtzüge auf Abstellgleis rollen. Es ist in erheblichem Umfang auch die Politik des DB AG-Managements, die zu dem Kahlschlag in diesem Segment beiträgt. Die Bahn-Manager haben in jüngerer Zeit systematisch die Kapazitäten im Nachtzugverkehr reduziert. Das Wagenmaterial ist veraltet und unzureichend gewartet; letzteres führt zu vorzeitigem Verschleiß. Fast die Hälfte aller Schlafwagen muß Ende 2014 aus dem Verkehr gezogen werden, weil sie oben undicht und unter verrostet sind. Wäre es nicht die Aufgabe guter Konzernmanager gewesen, hier sich rechtzeitig um neues Wagenmaterial zu kümmern und gleichzeitig über den Ausbau der Angebote nachzudenken? Wenn in jüngerer Zeit Hunderttausende Nutzerinnen und Nutzer das Angebot der Nachtzüge respektive der Autoreisezüge nicht mehr wahrnahmen, muß sich zunächst die DB AG fragen, welche Mängel auftraten, die zum Aus-



bleiben der Fahrgäste führten. Viele hausgemachte Einzelentscheidungen und „Zufälle“ haben zum Fernbleiben beigetragen. Warum beispielsweise wurden die Speisewagen aus den Nachtreisezügen systematisch und beschleunigt ab dem Übergang von Mitropa zu DB ERS entfernt, was einen qualitativen Einschnitt darstellte? Warum war es jüngst über einen längeren Zeitraum hinweg nicht möglich, von Skandinavien aus Autoreisezüge der DB AG zu buchen?

Ist es nicht Aufgabe eines Infrastrukturdienstleisters, sein Angebot ständig zu verbessern, gerade wenn Kunden wegbleiben? Ist es nicht Aufgabe eines Dienstleistungsunternehmens, dem Kunden etwas zu bieten?

„Der Bund gewährleistet, daß dem Wohl der Allgemeinheit, insbesondere den Verkehrsbedürfnissen, beim Ausbau und Erhalt des Schienennetzes der Eisenbahnen des Bundes sowie bei deren Verkehrsangeboten auf diesem Schienennetz, soweit diese nicht den Schienenpersonennahverkehr betreffen, Rechnung getragen wird“, so steht es in § 87 e des Grundgesetzes.

Mein Verkehrsbedürfnis, das vieler anderer Europäer/innen, aber auch Fragen des Klimaschutzes gebieten den Erhalt der Nachtzüge. Es gibt ein erhebliches Potential für die zur Disposition stehenden Schienenverkehrssegmente. Dies dokumentiert auch eine neue Studie der UIC zu den Chancen des Nachtzugverkehrs (UIC-Study Night Trains 2.0 – New Opportunities by HSR? Full Report by UIC-International Union of Railways, ohne Jahr (Frühjahr 2014)). Es ist immer einfacher, bei Schwierigkeiten etwas abzubauen oder zu verwerfen. Warum geht die DB AG nicht einmal den anderen Weg: das Nachtzugangebot neu denken und mit neuen Angeboten noch attraktiver machen.

Was läuft? Was ist zu tun

Schon seit Monaten wehren sich Betriebsräte und andere Beschäftigte des DB AG-Tochterunternehmens DB European Railservice (DB ERS) sowie die Bündnisse Bürgerbahn statt Börsenbahn (BsB) und Bahn für Alle gegen die Streichung der Autoreisezüge und der Nachtzüge. Zudem wenden sich mit einem „Appell der 66“¹ 66 Prominente aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen gegen die Kahlschlagpolitik der Deutschen Bahn AG im Bereich der Auto- und Nachtzüge. Sie fordern von Politik und Konzernmanagement den Erhalt und Ausbau des Nachtreiseverkehrs der Bahn. Für die GRÜNE LIGA e.V. hat der Bundesvorsitzende Dr. Torsten Ehrke den Appell mit unterzeichnet. Die GRÜNE LIGA unterstützt mit ihrer Infrastruktur die Nachtzugkampagne. In einer Aktion am 24.9.2014 demonstrierten die oben genannten Gruppen auf dem Potsdamer Platz in Berlin vor dem DB-Tower und übergaben die bis dahin gesammelten Protestpostkarten. Am gleichen Tag fand im Haus der Bundespressekonferenz eine Pressekonferenz zum Erhalt der Nachtzüge statt.

Wichtig jetzt: Weiter Druck machen: Schreibt an Eure Bundestagsabgeordneten! Schreibt an die Konzernchefs und die Aufsichtsräte der DB AG (Adressen s. www.deutschebahn.com). An Herrn Grube gibt es eine vorbereitete Protestpostkarte, die unter anderem in der Bundesgeschäftsstelle der GRÜNEN LIGA e.V. neben einem Informationsflyer bestellt werden kann (Bezug s. unter Shop auf www.grueneliga.de). Nutzt die Euch zur Verfügung stehenden Medien und Sozialen Netzwerke, um Eure Meinung zu den geplanten Streichplänen der Bahn zu sagen.

// Katrin Kusche
Bundesgeschäftsführerin



Europäische Bürgerinitiative gegen TTIP abgelehnt

EU-Kommission will Bürgereinfluß bei TTIP und CETA ausschalten, doch das Bürgerbündnis will sich wehren

Am 11. September gab die EU-Kommission ihre Entscheidung bekannt: Sie läßt die Europäische Bürgerinitiative (EBI) gegen die geplanten transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP und CETA nicht zu. Das Bündnis „Stop TTIP“ erfülle nicht die Voraussetzungen für eine Europäische Bürgerinitiative (EBI). Eine Bürgerinitiative könne zwar gegen Gesetze der Europäischen Union vorgehen, nicht aber »das Tun der Kommission stoppen«, so der Sprecher des scheidenden EU-Handelskommissars Karel De Gucht.

Das Bündnis Stop TTIP für eine Europäische Bürgerinitiative (EBI) gegen die internationalen Handels- und Investitionsverträge TTIP und CETA hat Widerstand gegen diese Entscheidung der EU-Kommission angekündigt. „Jetzt geht die Auseinandersetzung erst richtig los“, erklärt Michael Efler, Kontaktperson der Europäischen Bürgerinitiative, für das mittlerweile knapp 240 Organisationen aus 21 EU-Ländern umfassende Bündnis, zu dem auch die GRÜNE LIGA e.V. gehört. Efler weiter: „Die Ablehnung der Bürgerinitiative reiht sich ein in die Strategie der EU-Kommission, Bevölkerung und Parlamente aus den Verhandlungen um CETA und TTIP rauszuhalten. Statt Bürgerinnen und Bürgern werden hier lieber Lobbyisten gehört.“

Die Ablehnung der EBI wird damit begründet, die Verhandlungsmandate zu TTIP und zum CETA seien keine Rechtsakte, sondern interne Vorbereitungsakte zwischen den EU-Organen und folglich nicht durch eine Bürgerinitiative anfechtbar. „Die Auffassung der Kommission, daß nur Rechtsakte mit Wirkung auf Dritte durch eine EBI berührt werden dürfen, ist offensichtlich rechtsfehler-

haft. Das Verhandlungsmandat der Kommission ist ein förmlicher Beschluß des Rats und ein Rechtsakt. Würde die Rechtsauffassung der Kommission Bestand haben, hieße das im Klartext: Der Bevölkerung sind bei der Entwicklung internationaler Verträge jeder Art die Hände gebunden – eine Auskunft, die ebenso erschreckend wie skandalös ist“, so Efler. Darüber hinaus, so die Begründung der EU-Kommission, könne die Kommission keine negativen Ratifizierungsvorschläge machen und insofern der EBI-Forderung, die Verhandlungen über CETA und TTIP nicht abzuschließen auch nicht nachkommen. „Im Umkehrschluß heißt das, internationale Verhandlungen der Kommission dürfen durch Bürgerinnen und Bürger nur bejubelt, nicht aber kritisiert werden“, faßt Efler zusammen. Das EBI-Bündnis, das vor Einreichung der Bürgerinitiative ein eigenes Rechtsgutachten eingeholt hatte, erwägt nun rechtliche Schritte und will den für diesen Fall vorgesehenen Weg vor dem Europäischen Gerichtshof prüfen.

Ulrike von Wiesenau, Pressesprecherin des Berliner Wassertisches, der die Europäische Bürgerinitiative mit auf den Weg gebracht hat, kommentiert: „Nun, da der Widerstand gegen die geheim verhandelten Freihandelsabkommen sich in einem Bündnis von über 240 Organisationen aus 21 EU-Ländern formiert hat, und die EBI zur bisher erfolgreichsten Bürgerinitiative zu werden droht, erleben wir den Maskenfall der Kommission: Bevölkerung und Parlamente müssen draußen bleiben, wenn Lobbyisten ihr Werk gegen das Gemeinwohl entgegen aller berechtigten Widerstände durchziehen. Zu glauben, daß die Proteste der Men-



schen in dieser Weise zum Schweigen gebracht werden können, spricht Bände vom Demokratieverständnis der Brüsseler Entscheidungsträger, ihre Versprechen von mehr Demokratie und Transparenz enthüllen sich zur Kenntlichkeit. Mit juristischen Winkelzügen auf Zeit zu spielen, statt sich der Kritik der Inhalte zu stellen, führte schon zum Waterloo des Berliner Senates beim erfolgreichen Berliner Wasser-Volksentscheid.«

Die EU-Kommission verweigert die Auseinandersetzung mit den Bedenken der Bürgerinnen und Bürger und verprellt engagierte Menschen in Europa. Vor diesem Hintergrund fordert das Bündnis auch den neuen Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker auf, den undemokratischen Kurs der EU-Kommission zu korrigieren und sein Versprechen wahrzumachen, Demokratie und Transparenz herzustellen. Bei Redaktionsschluss wurde bekannt, daß das Bündnis Stop TTIP trotz der bisherigen Ablehnung der EBI durch die EU-Kommission mehr als eine Million Unterschriften gegen TTIP und CETA sammeln will. // Katrin Kusche Bundesgeschäftsführerin

Foto:
Marc Wiemers

Zum Nachlesen:
In der Alligator-Ausgabe
Februar/März 2014
wurde über das
TTIP-Abkommen
berichtet,
weitere
Informationen
dazu gibt es
außerdem unter:
www.stop-ttip.org

Frieden und Umweltschutz

Wieviel Waffen brauchen wir?

Am 7. September besuchte Gudrun Matschaß mit ihrer Familie den Gottesdienst im Magdeburger Dom. Gudrun gehörte zu den aktiven MitstreiterInnen der GRÜNEN LIGA Sachsen-Anhalt und ist bis heute, auch wenn es den Landesverband schon seit rund zehn Jahren nicht mehr gibt, für den Schutz von Natur und Umwelt engagiert. So war sie im vergangenen Jahr die Initiatorin und entscheidende Triebkraft im Kampf für den erfolgreichen Erhalt der Magdeburger Linden vor dem Dom. 15.000 Unterschriften wurden gesammelt.

Logo unten links:
Bildquelle:
<http://www.friedensdekade.de/News-Anzeige.151+M5743c140681.0.htm>
l

Doch zurück zum Gottesdienst. Der Superintendent predigte über Architekten, Fundamente, Fundamentalismus und über seine Erlebnisse als Bausoldat in der DDR. Gudrun hörte aufmerksam seinen Worten zu, und es erschien ihr selbstverständlich, daß der Pfarrer nach den Ausführungen zur aufgerüsteten DDR am Ende seiner Predigt kritische Worte zu den aktuellen Rüstungsexporten der Bundesrepublik Deutschland, auch in Krisenregionen, und zu Deutschlands Ambitionen nach mehr internationaler Verantwortung – notfalls auch mit militärischen Mitteln – finden würde. Doch er fand sie nicht. Er schwieg zu diesen aktuellen Entwicklungen.

Gudrun Matschaß ist aufgebracht und spricht den Superintendenten nach

dem Gottesdienst an: „Sie haben über ein Land gesprochen, das seit 25 Jahren nicht mehr existiert, warum sagen Sie nichts zu den unerträglichen Waffenexporten, die uns heute bedrohen?“ Doch er antwortet ausweichend. Er müsse hierzu erst die Synode fragen, ob er das dürfe, und Herr Schorlemmer wäre bestimmt dagegen. Gudrun schießen Martin Luthers Worte von der „Freiheit eines Christenmenschen“ durch den Kopf und sie fragt sich, ob sie hier wirklich in einer protestantischen Kirche sei. „Wer will Ihnen das verbieten? Der liebe Gott?“, empörte sie sich gegenüber dem Pfarrer.

Nun kann man seinen Ärger herunter-schlucken und mit sich umhertragen. Aber das ist nicht Gudruns Sache. Sie setzt sich hin und schreibt am 10. September an den Superintendenten: „... Werden wir heute und jetzt die freie Rede und die Freiheit des Denkens verteidigen und leben!? Und den Mut haben, gegen die allmächtigen Lobbyisten aufzustehen? Ist das unsere Christenpflicht? Darf unsere Kanzlerin und Pfarrerstochter weiterhin eine Christin sein, obwohl sie Waffen in alle Länder der Welt schickt, wenn ja, dann müssen wir sie darauf aufmerksam machen, dass Christen nicht töten und auch keine Tötungs -maschinen verbreiten dürfen, sonst sind sie keine Christen. Ich zitiere Niemöller: ‚Was würde Jesus dazu sagen?‘ ...“

Ein zweiter Brief folgt, adressiert an den Theologen und Bürgerrechtler Friedrich Schorlemmer (SPD). Gudrun Matschaß erinnert den prominenten Vertreter der DDR-Opposition an Micha 4 „Schwerter zu Pflugscharen“ und schreibt nach der Schilderung ihres Erlebnisses im Magdeburger Dom: „In diesem Geiste möchte ich Ihre Meinung dazu wissen, und ob Christen heute bereit sind, dagegen [Abrüstung, Waffenexporte; d.V.] öffentlich aufzustehen.“

Am darauf folgenden Tag, dem 11. September, verfaßte Gudrun Matschaß einen zweiten Brief an den Superintendenten. An den Beginn dieses Briefes setzt sie ein Zitat von Volker Braun: „Welch sonderbares Ding ist die Vernunft, sagte Kunze. Immer wieder versuchen Leute, ihre Vernunft einzusetzen. Aber immer wieder raten ihnen die Verhältnisse, vernünftig zu sein. Welch sonderbares Ding sind die Verhältnisse, sagte Hinze.“ (aus: „Berichte von Hinze und Kunze“) Gudrun Matschaß schildert dem Pfarrer, „was zwei Weltkriege [ihrer] Familie brachten“. Im letzten Satz des Briefes zu ihrer Familiengeschichte faßte sie zusammen: „Durch diese Kriege hatte ich einen schwerkranken Vater und nie einen Opa. Ich bin allergisch gegen das heute praktizierte Säbel-rasseln.“

Am 12. September rief Gudrun mich in der Bundesgeschäftsstelle der GRÜNEN LIGA an, schilderte die ganze Geschichte und erinnert daran, daß die GRÜNE LIGA Fragen von Frieden und Krieg, von Ab- und Aufrüstung immer als ihr wichtige Themen begriffen hat, Themen, denen sich ein Natur- und Umweltverband nicht entziehen darf.

Gudrun bietet an, einen Kreis engagierter MitstreiterInnen der GRÜNEN LIGA um sich zu scharen, um sich diesen Fragestellungen zu widmen und öffentlich Stellung zu beziehen. Wer sich in diesem Arbeitskreis mit Gudrun zusammentun möchte, melde sich bitte unter: gudrun.matschass@grueneliga.de

Als möglichen ersten Treffpunkt schlägt Gudrun das Halbjahrestreffen in Weimar vor.

//Katrin Kusche
Bundesgeschäftsführerin



Bioenergie und Bioökonomie - Agrarboom ohne Rücksicht auf Gewässer

Vorankündigung zum Seminar

Es ist eine kühne Vision: Statt auf Erdöl, Erdgas und Kohle soll die Wirtschaft künftig auf Biomasse basieren. Nicht nur die fossilen Energieträger sollen durch Energiepflanzen ersetzt werden, auch Grundchemikalien und Kunststoffe sollen mehr und mehr aus Biomasse (insbesondere Pflanzen und Algen) gewonnen werden. Der Umbau von einem fossil-basierten zu einem Biomasse-basierten Wirtschaftssystem läuft unter dem Titel „Bioökonomie“. Die Bundesregierung und die Europäische Union investieren derzeit Milliarden Euro in die Bioökonomie-Forschung. Möglicherweise wird das Konzept, fossile Energieträger durch Biomasse zu ersetzen aber schon an der Begrenztheit der Wasserressourcen scheitern. Denn im Schnitt benötigen deren Anbau und Weiterverarbeitung 70mal mehr Wasser als die Gewinnung von Erdöl, Erdgas oder Steinkohle.

Am 3. November 2014 wird im Rahmen eines Umweltverbändeseminars



Anmeldung bis zum 28. Oktober beim NABU

Veranstaltungsort: NABU Bundesgeschäftsstelle, Charitestraße 3, 10117 Berlin
in fußläufiger Entfernung vom Berliner Hauptbahnhof und S/U-Bhf. Friedrichstraße
(siehe: <http://www.nabu.de/downloads/anfahrtsweg-bgs.pdf>)

Kontakt: Michael Bender, Telefon: +49 30 40 39 35 -30, E-Mail: wasser@grueneliga.de
GRÜNE LIGA e.V., Bundeskontaktstelle Wasser, Internet: www.wrrl-info.de

in Berlin der Frage nachgegangen, ob man drauf und dran ist, mit der Bioökonomie den Teufel mit dem Belzebub auszutreiben: Vor allem der in den letzten Jahren erheblich ausgeweitete Biomasse-Maisanbau führt in Deutschland bereits jetzt zu einer deutlichen Verschlechterung des Gewässerzustands und hat damit erhebliche Auswirkungen auf die biologische Vielfalt an Land und in aquatischen Lebensräumen. Die regionale Trinkwasserversorgung sieht sich mit wieder ansteigenden Nitratwerten konfrontiert. Der Nutzungsdruck auf landwirtschaftliche Flächen ist so hoch, dass eine auf Biomasse basierende Wirtschaft in Europa nur möglich sein wird, wenn in gigantischem Umfang Biomasse aus Übersee bezogen wird. In den Überseeländern wird der Export von Biomasse für energetische und stoffliche Nutzungen den Wasserstress noch weiter verschärfen. International anwendbare Normen zur Sicherung der Nachhaltigkeit von Biomasseanbau und Weiterverarbeitung sollen unter anderem auch Water-Grabing, Wassermangel, Wassermangel und Bauernverbänden, die von grenzenlosem, grünen Wachstum in einer endlichen Welt ausgehen, nicht teilen, wollen wir im Vorfeld der Regierungsveranstaltung die Verheißungen der Bioökonomie an der Begrenztheit der Wasserressourcen messen.

Aber können Normen tatsächlich einen intakten Wasserhaushalt gewährleisten, wenn für eine „grüne“ Bio



ökonomie der agrar-industrielle Biomasseanbau exponentiell zunehmen wird?

Foto rechts oben: berggeist007/pixelio.de

Am Folgetag wird, ebenfalls in Berlin, ein Kongress der Bundesregierung zum Thema Nachhaltigkeit der Bioökonomie stattfinden – siehe: www.biooekonomie2014.de. Weil wir seitens der Umweltverbände einige Grundannahmen der Bioökonomiekonzepte von Bundesregierung, EU-Kommission, Industrie und Bauernverbänden, die von grenzenlosem, grünen Wachstum in einer endlichen Welt ausgehen, nicht teilen, wollen wir im Vorfeld der Regierungsveranstaltung die Verheißungen der Bioökonomie an der Begrenztheit der Wasserressourcen messen.

Foto unten links: Biogasanlage Bildautorin: Wilhelmine Wulff/pixelio.de

Das Seminar ist eine Gemeinschaftsveranstaltung von GRÜNE LIGA, NABU, Koordinierungsbüro Normungsarbeit der Umweltverbände (KNU) und Ak Wasser im BBU.

// Michael Bender
Bundeskontaktstelle Wasser

Keine Motorboote mehr im Floßgraben

Stadt Leipzig zieht Sondergenehmigung zurück

Foto:
Ökolöwe
Umweltbund
Leipzig e.V.

Der Ökolöwe hat per Widerspruch die Aussetzung des Motorbootbetriebs im Floßgraben erwirkt und schließlich die völlige Aufhebung der vormals erteilten Sondergenehmigung für den Bootsbetreiber RANAbboot GmbH.

Dazu Holger Seidemann vom Vorstand des Ökolöwe – Umweltbund Leipzig e.V.: „Wir freuen uns, dass die Stadt Leipzig nun ihre Naturschutzaufgaben ernst nimmt. Offensichtlich waren unsere rechtlichen und inhaltlichen Argumente so stark, dass die Stadt Leipzig einem längeren Rechtsstreit aus dem Weg gehen wollte.“

Auch in Zukunft wird jedes Jahr zwischen Anfang April und September der Motorbootbetrieb auf dem Floßgraben nicht mehr möglich sein. Es wurde rechtlich anerkannt, dass die Nutzung von Motorbooten auf dem Floßgraben in erster Linie den kommerziellen Interessen einiger Weniger dient und nicht als überwiegendes Allgemeinwohl einzustufen ist.

Die Begründung der Aufhebung der Sondergenehmigung hat es bei näherer Betrachtung in sich. Das Amt für Umweltschutz erkennt darin an, dass die bisherige Befreiung für den Motorbootsbetrieb auf dem Floßgraben nicht hätte erteilt werden dürfen.

Im Frühjahr und Sommer 2014 war in Leipzig viel diskutiert worden über die Allgemeinverfügung am Floßgraben zum Schutz des Eisvogels und seiner Brut sowie über die Sondergenehmigung für die Rana-Boote. Das Amt für Umweltschutz hatte die Befahrung im artenreichen Floßgraben innerhalb des europäischen Vogel-



schutzgebiets „Leipziger Auwald“ für Paddler zwischen März und September eingeschränkt und den Betrieb von Motorbooten grundsätzlich untersagt.

Praktisch zeitgleich erteilte die gleiche Behörde jedoch dem Motorboot vom Typ Rana eine Sondergenehmigung (Befreiung) zur Befahrung des Floßgrabens. Gegen diese Genehmigung ging die GRÜNE LIGA Sachsen, der Dachverband des Ökolöwen, vor, da unter anderem die sehr lang anhaltenden Trübungen des Wassers durch die Motorboote den Jagd- und damit Bruterfolg des Eisvogels deutlich verschlechtern.

„Für uns ist die vollständige Untersagung der Motorboote im Floßgraben während der Brutsaison von Wespenbussard, Mittelspecht und Eisvogel ein erster Schritt in die richtige Richtung. Auf europäischer Ebene gehen wir nun zusammen mit den anderen Leipziger Naturschutzverei-

nen wie zum Beispiel der Naturschutz und Kunst Leipziger Auwald e.V. (NuKLA) und der Naturschutzbund Deutschland e.V. (NABU) gegen den geplanten Massentourismus auf der Pleiße vor. Im Wassertouristischen Nutzungskonzept plant man mit bis zu 100 Motorbootsfahrten im Auwald“, meint Seidemann.

Doch die Naturschutzverbände sind nicht gänzlich gegen jeden Tourismus im Leipziger Auwald. „Einem naturverträglichen Paddeltourismus stehen die Leipziger Naturschutzverbände grundsätzlich aufgeschlossen gegenüber. Die Natur am Floßgraben und im Auwald soll erlebbar sein und gleichzeitig in ihrer Schönheit und Besonderheit erhalten bleiben.“

//Der Ökolöwe –
Umweltbund Leipzig e.V.

Ansprechpartner: Holger Seidemann / Kristina Dietrich
E-Mail: upa@oekoloewe.de, Telefon: 0341-3065-370

Tino Supplies

Aktion des Ökolöwen zum PARK(ing) Day 2014

Lauter Verkehr, Parkplätze, Ampeln, allerlei Stadtmobiliar und unübersichtliche Laufwege prägen das Bild am Leipziger Südplatz heute. Der Ökolöwe hat zusammen mit dem Offene Architektur e.V. und Studierenden der HTWK an Konzepten für eine mögliche dauerhafte Umgestaltung gearbeitet. Wir wollen einen Platz auf dem man sich gerne treffen und aufhalten möchte. Zum PARK(ing) Day am Freitag, den 19. September, gaben wir mit einer temporären Umgestaltung einen kleinen Vorgeschmack. Wir präsentierten die Entwürfe der Studierenden, ließen die Passanten abstimmen und sammelten ihre Ideen für einen neuen Südplatz – mit großartiger Resonanz!

Park(ing) Day in Leipzig - Hintergrund:

Am 19. September wurden in Leipzig 18 PKW-Stellplätze für einige Zeit zu autofreien Bereichen, weltweit beteiligten sich über 160 Städte. Doch worum geht es den Parkgestaltern eigentlich?

Allein in Leipzig sind circa 207.000 PKW zugelassen. Würde man einen Parkplatz bauen, auf den all diese Fahrzeuge auf einmal passen würden, so müsste der über 2,6 Quadratkilometer groß sein. Das entspricht einer



Fläche, die mehr als dreimal so groß ist wie die Leipziger Innenstadt. Der tatsächliche Platzbedarf ist dabei noch weitaus größer. Das Auto benötigt einen Parkplatz am Wohnort und natürlich auch einen am Ziel - auf der Arbeit, am Supermarkt, am Baggersee. Hinzu kommen noch die Straßen dazwischen. Auch hier braucht das Auto deutlich mehr Platz als alle anderen Verkehrsträger.

Bis in die 1990er Jahre hinein sah das Leitbild einer autogerechten Stadt die Aufgabe der Stadtplaner darin, dem steigenden Flächenbedarf des Autoverkehrs nachzukommen. Die Funktionen Wohnen, Arbeiten und Einkaufen wurden räumlich getrennt. Die Wege dazwischen hatten vorrangig der Distanzüberwindung zu dienen und wurden entsprechend um- und ausgebaut.

Das hat viele Stadträume zu unwirtlichen Orten gemacht, von denen sich die Menschen in mehreren Suburbanisierungswellen abwenden und ihr Glück im Eigenheim auf der grünen Wiese suchen.

Spätestens seit der Jahrtausendwende hat die Fixierung der Stadtplanung auf das Auto ausgedient. An dessen Stelle tritt nun das Leitbild der kompakten, europäischen Stadt.

Sie soll durch eine effektive Nutzungsmischung kurze Wege ermöglichen. Fuß-, Rad-, und öffentlicher Nahverkehr sollen gefördert, der Autoverkehr reduziert werden. Dadurch wird die Stadt wieder ein begehrter



Logo: „Shifting the Paradigm“ von Maki Kawaguchik

Lebensraum mit attraktiven öffentlichen Räumen und guten Umweltbedingungen.

Das neue Stichwort heißt Stadtrepuratur. Die Verfehlungen aus der Zeit der autogerechten Stadtplanung müssen nach und nach beseitigt und neue Fehlplanungen vermieden werden. Trotz noch immer großer Hindernisse (zum Beispiel Stellplatzpflicht in Sachsen) ist Leipzig auf diesem Weg schon ein gutes Stück gegangen. Das ist einer der wesentlichen Gründe für die positive Wahrnehmung Leipzigs und den stetigen Zuzug in die Stadt.

Mit dem PARK(ing) Day möchten die Aktiven Mut machen, auch gegen den Widerstand der Autolobby, unsere öffentlichen Räume attraktiv zu gestalten und ideale Bedingungen für Fußgänger zu schaffen.

// Tino Supplies
Ökolöwe – Umweltbund Leipzig e.V.

Foto unten: eine von 18 umgestalteten Parklücken von dem Japanischem Haus in Leipzig
Fotograf: (c) Sandrino Donnhäuser

Weitere Informationen gibt es auf der Website: www.parking-day-leipzig.de

Mandy Buchholz

Projekt „Aktive Oberlausitz“

Aktiv und kreativ für den ehrenamtlichen Naturschutz in Ostsachsen

Seit 2014 setzt sich die GRÜNE LIGA Oberlausitz für eine positive Belebung des ehrenamtlichen und privaten Natur- und Umweltschutzes in Ostsachsen ein. Zwischen Dresden, Görlitz, Hoyerswerda und Zittau sucht die GRÜNE LIGA Oberlausitz verstärkt nach neuen Mitwirkenden, die sich praktisch und aus Eigeninitiative für den regionalen Naturschutz einsetzen wollen, denen aber entweder die nötige Fachkenntnis und/oder der Wirkungsort fehlen.

Die Idee, neue Akteure für den ehrenamtlichen Naturschutz in Sachsen zu gewinnen, war vor mehr als zwei Jahren ein Teilaspekt einer größeren Projektidee. 2011 initiierte das Bundesamt für Naturschutz (BfN) das Bundesprogramm „Biologische Vielfalt“ zur Umsetzung der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt und rief 2012 zur öffentlichen Beteiligung auf. Innerhalb des Bundesprogramms konnten sich unter anderem Vereine, Verbände, Kommunen und Wirtschaftsunternehmen mit ihren Projektideen zum Erhalt der Biologischen Vielfalt in vier Förderschwerpunkten bewerben. Neben dem Schutz von Arten mit besonderer Bedeutung für Deutschland, der Sicherung von Ökodieleistungen und weiteren Maßnahmen von besonderer

repräsentativer Bedeutung für die Nationale Strategie gab es den Schwerpunkt „Hotspots der biologischen Vielfalt“. Laut Definition des BfN sind Hotspots „Regionen in Deutschland mit einer besonders hohen Dichte und Vielfalt charakteristischer Arten, Populationen und Lebensräume“.

Der Hotspot Nummer 20 „Oberlausitzer Heide- und Teichlandschaften“ erstreckt sich über die Landkreise Görlitz und Bautzen bis nach Riesa-Großenhain sowie Ruhland (Brandenburg). Darin sind verschiedenste Landschaften wie das Heide- und Teichgebiet zwischen Hoyerswerda-Radeburg-Ruhland, die Königsbrücker Heide und das Lausitzer Neißetal eingebunden und umfassen eine Fläche von mehr als 2000 Quadratmeter.

Nach Bekanntgabe der einzelnen Förderschwerpunkte begannen die GRÜNE LIGA Sachsen, „pro bios“ und die GRÜNE LIGA Oberlausitz mit der Erarbeitung der Projektidee. Die Studie „Analyse des ehrenamtlichen und privaten Naturschutzes in Sachsen“ des Leibniz-Institutes für ökologische Raumentwicklung in Dresden bestärkte die Bestrebungen, den ehrenamtlichen Naturschutz in Sachsen zu beleben. Die Abnahme des privaten und



ehrenamtlichen Engagements für die heimische Flora und Fauna stellte die GRÜNE LIGA Oberlausitz damals wie heute ebenfalls in ihrer täglichen Arbeit fest. Die Anzahl und Qualität der Bewerbungen für ein Freiwilliges ökologisches Jahr nahmen bereits während der Erstellung der Projektskizze ab. Zuwendungen für staatlich gefördertes, bürgerschaftliches Engagement im Naturschutz lockten kaum noch. Mit einhergehend sinkender, öffentlicher Wertschätzung des Ehrenamtes im Natur- und Umweltschutz festigte sich die Projektidee bei allen Beteiligten.

Auf Grund der Größe des Hotspots und der Vorgaben des Bundesamtes für Naturschutz stieg während der Erarbeitung der Projektskizze die Anzahl einzubeziehender Kooperationspartner und der zeitliche Aufwand, alle Interessen aus den Bereichen Naturschutz, Kultur und Landwirtschaft in einer Projektskizze zu vereinen. Zahlreiche Besprechungen und Arbeitstreffen später lagen zwei Projektskizzen für den Hotspot Nummer 20 vor und keine erhielt im November 2012 eine Zusage des BfN.

Dank der kontinuierlichen Unterstützung seitens der Landesgeschäfts-

Fotos: GRÜNE LIGA Oberlausitz



stelle und „pro bios“ konnte die ursprüngliche Projektidee beim Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft (SMUL) vorgestellt werden. Nach weiteren Besprechungen reichte die GRÜNE LIGA Oberlausitz im August 2013 einen Projektantrag im Rahmen der Förderung besonderer Initiativen beim SMUL ein. Zwei weitere Antragsanpassungen später erhielt die GRÜNE LIGA Oberlausitz am 5. Dezember 2013 die Projektbewilligung.

Mehr als 18 Monate ehrenamtliche Arbeit wurden benötigt, um ein Projekt zur Aktivierung und Stärkung des ehrenamtlichen, praktischen Naturschutzes genehmigt zu bekommen.

Unsere Erfahrungen der letzten 23 Jahre im Natur- und Umweltschutz in der Oberlausitz hat gezeigt, dass praktische Tätigkeiten wie Baumpflanzungen, die Aufsichtung von Steinrücken, das Anlegen einer Feldhecke und eine Teichschlammung den einzelnen Menschen stärker und nachhaltiger mit seiner Region verbinden als jede andere Methode. Das Erfolgserlebnis, quakende Frösche am Teich oder fröhlich trällernde Vögel in der Baumkrone innerhalb einer gewachsenen Feldhecke zu erleben,

motiviert. Es lehrt die großen ökologischen Zusammenhänge am kleinen „lebenden Objekt“ und schafft eine jahrelange Verbundenheit.

Diese Verbundenheit soll am Ende des Projektes in lose, nicht vereinsgebundene Gruppen münden. Denn in kleinen Gruppen nach eigener Zeiteinteilung tätig zu werden, lässt Raum, den Spaß im Grünen und mit der Natur zu erleben. Die Gruppen können sich projekt- oder flächenbezogen zusammenfinden und mit unserer Anleitung auf ihrem Schulgelände, in ihrer Kirchgemeinde oder im eigenen Garten zur regionalen vielfältigen Flora und Fauna beitragen. Das entstehende Netz aus Gruppierungen wird auf einer NetGIS¹-basierten Homepage interaktiv und zeitnah mit den jeweiligen Projekten für die Öffentlichkeit erlebbar sein. Auf diese Weise können sich Bürger über Aktivitäten in ihrem Ort informieren und nach ihrem Können und ihrer zeitlichen Verfügbarkeit beteiligen. Aktivitäten veröffentlicht die GRÜNE LIGA Oberlausitz ebenfalls auf ihrer Facebookseite und in der regionalen Presse.



Grafik: GRÜNE LIGA Oberlausitz

Vor Beginn des Projektes war die wertvolle Zeit der Ehrenamtlichen für die Pflege der Biotope und die Verwaltung nahezu ausgeschöpft. Für eine erfolgreiche Werbung neuer Gruppen blieb nur wenig Zeit und Kraft übrig. Mit Beginn des Projektes „Aktive Oberlausitz“ hat sich dies geändert und wird sich in den nächsten Monaten auch weiterhin positiv wandeln. Die Grundlagen für eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit in den Medien, in Schulen und Kirchgemeinden sind geschaffen. Vor der GRÜNEN LIGA Oberlausitz liegen nun weitere arbeitsreiche und spannende Monate...

// Mandy Buchholz
GRÜNE LIGA Oberlausitz

*1 Unter dem Begriff Web-GIS wird im Allgemeinen eine Geoinformations-Applikation verstanden, deren Kernfunktionen auf für Geodaten spezialisierte Webservices (Geodienste) zurückgreifen. Als Grafische Benutzeroberfläche kann dabei eine auf Geodaten spezialisierte Webapplikation oder ein Geobrowser zur Verwendung eingesetzt werden.
Quelle: Wikipedia*

Werde Mitglied bei der GRÜNEN LIGA e.V.



Ich möchte Ordentliches Mitglied / Fördermitglied der GRÜNEN LIGA e.V. werden.

Vor- / Zuname: _____

KontoinhaberIn: _____

Adresse: _____

Kreditinstitut: _____

E-Mail-Adresse: _____

BIC: _____

Telefonnr.: _____

IBAN: _____

Geb.-Datum: _____ . _____ . _____

Ich zahle per SEPA-Lastschrift.

Ich erteile eine Einzugsermächtigung und ein SEPA-Lastschriftmandat an:
GRÜNE LIGA e.V., Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin
Gläubiger-ID-Nummer: DE75ZZZ0000444819, Mandatsreferenz wird mitgeteilt.

Ich bin bereit, einen Jahresbeitrag von (mindestens 60) _____ Euro zu entrichten. Ich zahle monatlich / quartalsweise / halbjährlich / jährlich.

Ich ermächtige die GRÜNE LIGA e.V. widerruflich, Zahlungen von meinem Konto mittels SEPA-Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der GRÜNEN LIGA e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Bitte entscheiden Sie sich für die SEPA-Lastschrift, Sie helfen uns damit, Aufwand und Verwaltungskosten zu sparen.

Mir ist bekannt, dass ich innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrags verlangen kann. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Das Mandat gilt für wiederkehrende Zahlungen. Die Mandatsreferenz-Nr. wird dem Kontoinhaber mit einer separaten Ankündigung über den erstmaligen Einzug des Lastschriftbetrages mitgeteilt.

Ich überweise den Jahresbetrag auf das Konto der GRÜNEN LIGA e.V. bei der GLS Gemeinschaftsbank:

IBAN: DE34430609678025676901

BIC: GENODEM1GLS

Die Einzugsermächtigung / Das SEPA-Lastschriftmandat kann jederzeit ohne Grundangabe schriftlich widerrufen werden.

Fördermitgliedschaft: Freie Verwendung / thematische Verwendung.
Bei thematischer Verwendung erhalten Sie ein Infoschreiben.

Satzung und Beitragsordnung sind auf unserer Internetseite www.grueneliga.de einzusehen.

Datum und Ort, Unterschrift

Bitte senden an die Bundesgeschäftsstelle

Fax: 030/2044468

E-Mail: bundesverband@grueneliga.de

Post: GRÜNE LIGA e.V.
Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin

„Nur aus Visionen kann sich das Machbare entwickeln“

Über die Gründung des Vereins Bund Naturschutz Sachsen, die aktuellen Tätigkeiten und Vorstellungen für die Zukunft

Kurzprofil Wolfgang Riether

Foto:
Wolfgang Riether
Landesvorsitzen-
der
Bund Naturschutz
Sachsen e.V.
Bildquelle:
privat



Alter: 62

Kinder: 2

Beruf: Diplom-Ingenieur

Hobbys: Mein Leben ist Natur-Schutz,
Natur-Schutz ist mein Leben, was ist Hobby?

Lieblings-Reiseziel: Slowenien

Lieblings-Pflanze: Brennessel

Lieblings-Tier: Wolf

Lieblings-Essen: Ofen-Kartoffel

Lieblings-Getränk: Aronia-Tee, Rotwein Montepulziano d’Abruzzo

Lebensmotto: nach Ulrich Schaffer:
Du hast das Recht,
zu rebellieren
gegen die Zerstörung deiner Welt.
Niemand braucht dir das Recht einzuräumen,
niemand kann dir das Recht einräumen,
du hast es, weil du Mensch bist,
weil du diesen Planeten
mit fünf Milliarden Menschen teilst
und deine Zukunft auf dem Spiel steht.

Lieblings-Musik: nicht gebunden, aber verbunden mit jeweils aktuellen Ereignissen, Stimmungen: beim Streit mit Behörden: Patti Smith: People Have the Power; in einer lyrischen Phase: Christina Stürmer: Engel fliegen einsam; in einer romantischen Stimmung: Revolverheld: Ich lass für dich das Licht an; im Nachdenken über die Vergangenheit: Deep Purple: Child in Time; beim Genießen: Helene Grimaud: Klavierkonzerte; ...

Lieblings-Film: keine Spielfilme, aber Filme mit seelischem, ästhetischem und ökologischem Tiefgang wie zum Beispiel von Horst Stern und Dieter Wielandl

Lieblingsbuch: nicht festgelegt, je nach Weisheitshunger, wie beispielsweise: Ernst Friedrich Schumacher: Small is Beautiful; Aldo Leopold: Am Anfang war die Erde; Ulrich Schaffer: Grundrechte; Paulo Coelho: Elf Minuten; ... aktuell: Günter Kunert: Tödliche Katastrophen

Was stört Dich besonders? frei nach Martin L. King, das schreckliche Schweigen der „guten“ Menschen

Mitglied der GRÜNEN LIGA Sachsen seit: 2004

Bisherige Posten bei der GRÜNEN LIGA: Vereinsmitglied

Schönstes Erlebnis bei der GL: Mitgliederversammlung ohne Kampfabstimmung

Schlimmstes Erlebnis bei der GL: Mitgliederversammlung ohne Kampfabstimmung

Deine Idee gegen die Klimazerstörung, lokal:

Klima"zerstörung" gibt es (begrifflich) nicht. Klima ist laut Wikipedia, „die Gesamtheit aller an einem Ort möglichen Wetterzustände“ und diese sind wie sie sind. Es findet allerdings ein steter Klimawandel statt, der natürliche und anthropogene Ursachen hat, eine Festlegung zu den jeweiligen Anteilen daran sind willkürlich und unwissenschaftlich. Als Menschen müssen wir uns darauf einstellen, weil wir so weiter leben wollen wie bisher. Dazu halte ich es mit Martin Luther: „Wenn morgen die Welt unterginge, so pflanzte ich heute noch ein Apfelbäumchen.“ Also ist ein jetzt von uns begonnenes Projekt, Wild-Apfelbäume zu pflanzen. Ansonsten ist eine Liste von Ideen, um den Klimawandel zu begegnen unendlich, die dazu zur Verfügung stehenden Mitwirker aber sehr endlich.

Kurzes Statement zur momentanen Situation des Umwelt- und Naturschutzes in der BRD:

Entsprechend des von den meisten gepflegten Mainstreaming, von Staat, Politik, Wirtschaftslobbyisten a la couleur bis hin zu den Umweltverbänden, wird die Natur auf dem Altar des vorgeblichen Umweltschutzes geopfert. Dieser Vorgang wird noch verhärtet durch gesamtgesellschaftliche Prozesse wie Verrechtlichung, Kommerzialisierung, Rationalität und Virtualisierung unserer Beziehung zu der uns umgebenden Natur. Zum einen wird der Umweltschutz immer stärker überprägt von einer anthropozentrischen Weltsicht, zum anderen wird der Inhalt und das Wirken des Naturschutzes bestimmt von den Lobbyinteressen der Landnutzer. Der Natur-Schutz verliert daher immer mehr seine historischen, ökologischen und ökonomischen Wurzeln.

Alligator: Ihr seid Mitglied in der GRÜNEN LIGA Sachsen, wie seid ihr hier gelandet ... ?

Wolfgang: Als Mitgliedsverein, mit jahrzehntelangem Zusammenwirken mit der GRÜNEN LIGA.

Alligator: Habt ihr euren Verein neu gegründet oder seid ihr „nur“ der GRÜNEN LIGA Sachsen beigetreten?

Wolfgang: Wir sind als Verein neu gegründet.

Alligator: Was erwartet ihr von der GRÜNEN LIGA Sachsen und dem Bundesverband?

Wolfgang: Zu einem Haus gehört nicht nur ein Dach, sondern auch das Fundament und die Wände, letztere sollten in der GRÜNEN LIGA auch beachtet werden.

Alligator: Was genau macht eigentlich der Bund Naturschutz Sachsen bei seiner Arbeit und habt ihr schon Erfolge erzielen können? Was erwartet ihr von eurer Arbeit?

Wolfgang: Gegenwärtig befinden wir uns in der Aufbauarbeit, das heißt in der Meisterung der formalen und organisatorischen Hürden für eine Vereinsgründung. Die inhaltliche Ausgestaltung wird von den Mitgliedern bestimmt, das heißt wir haben nicht vor, „den Jäger zur Jagd zu tragen“. Angelaufen sind kleinere Maßnahmen, wie Stellungnahmenarbeit, die Dokumentation und Anzeige von Natur-Zerstörungen, Diskussionen mit den regionalen Bauernverbänden, Öffentlichkeitsarbeit, Exkursionen, Vorbereitung von Pflanzak-

tionen, Dokumentation von „unerwünschten“ DDR-Umweltplakaten, ... Was erwarten wir von unserer Arbeit, ein Stück sächsischer Natur retten.

Alligator: Engagiert ihr euch vordergründig für den Umwelt- oder den Naturschutz?

Wolfgang: Laut Satzung engagieren wir uns für „den Zweck, den Naturschutz mit seinen Bestandteilen Arten-, Biotop-, Prozess- und Ressourcenschutz, die Landschaftspflege und Heimatkunde, den Tierschutz einschließlich der damit verbundenen Bildungsarbeit und Forschung durch aktives Handeln zu fördern und zu unterstützen.“ Als Natur-Schutz-Verband wollen wir die Natur schützen.

Alligator: Arbeitet ihr eher praktisch oder umweltpolitisch? Bietet ihr Umweltbildung an?

Wolfgang: Wir wollen das eine, die praktische Arbeit tun, ohne das andere, das politische Wirken zu lassen. Inwieweit und in welchem Umfang wir Umweltbildung betreiben hängt von den Mitgliedern ab, ange-dacht/vorbereitet ist der Aufbau von zwei Schülerarbeitsgemeinschaften.

Alligator: Gibt es eine bestimmte Zielgruppe, die ihr mit eurer Tätigkeit ansprechen wollt und wenn ja, warum?

Wolfgang: Alle, die mit dem Herzen mit der Natur verbunden sind. Weil das größte Defizit in der gegenwärtigen Natur-Schutz-Arbeit in der emotionalen Bindung zur Natur besteht.

Alligator: Wie sind eure Arbeitsstrukturen? Arbeitet ihr ehrenamtlich?

Wolfgang: Unser Verein ist in der Aufbauphase und arbeitet ausschließlich ehrenamtlich.

Alligator: Habt ihr Angebote, die auch andere Mitglieder der GRÜNEN LIGA interessieren könnten?

Wolfgang: Arbeiten in und für die Natur.

Alligator: Was hältst du persönlich in Sachsen für vordringlich und wie ließe sich das erreichen?

Wolfgang: Gegenwärtig verlässt ein großer Teil von gestandenen Naturschützern die „Bühne“, damit geht zum einen ein großer Verlust an historischem Wissen um und zur Natur einher, zum anderen bricht damit die regionale und spezifische Bindung zu den Landschaften, Naturräumen und deren Geschöpfen weg. Ob dies aufzuhalten oder reparabel ist, bleibt fraglich. Für die, die noch auf der „Bühne“ stehen, bleibt also nur das Weitermachen bis ...

Ohne zig Einzelheiten zu benennen, wäre ein Paradigmenwechsel im Staat, in den Behörden in der Wirtschaft und auch in den Naturschutzverbänden notwendig, dessen Ziel wäre, die Abkehr vom anthropozentrischen Weltbild. Ein kleiner Schritt dazu wäre zum Beispiel, „die Natur Natur sein zu lassen“, aber dazu fehlt selbst in den Naturschutzverbänden ein bisschen Mut.

Alligator: Habt ihr Vorstellungen und Visionen für euren Verein und das Bundesland?

Wolfgang: „Nur aus Visionen kann sich das Machbare entwickeln“ habe ich vor zwei Jahrzehnten auf ein Naturschutzplakat drucken lassen. Ob aus derer Visionen, die wir noch haben, das Machbare wird, wird die Zukunft zeigen. Aldo Leopold hat es mit seinem Buchtitel auf den Punkt gebracht „Am Anfang war die

Erde“, der Erde ein Stück ihrer selbst zurück zu geben. Der gesellschaftliche Anspruch lautet, dass jeweils ein Flächenanteil von zehn Prozent an der jeweiligen Landesfläche als Naturentwicklungsflächen eingerichtet wird. Das wäre bei einer Landesfläche von 1 841 809 Hektar 184 180 Hektar. Also 184 180 Hektar als Wildnisfläche im Freistaat Sachsen dies ist eine echte Vision und daraus ein Stück machbar zu

machen, dies ist das Machbare für uns.

Alligator: Danke für das Interview und weiterhin viel Erfolg!

Das Interview führte
// Roland Hauschulz

Bund Naturschutz Sachsen e.V.

Der Verband führt seine erste Mitgliederversammlung durch

Grafik: Bund Naturschutz Sachsen e.V.

Mit dem folgenden Gründungsauftrag hatten sich am 23. November 2013 Grit Weiß, Uwe Auerswald und Wolfgang Riether im Namen der Gründungsmitglieder an alle Interessierten im Freistaat Sachsen gewandt, sich in der neu gegründeten Naturschutzvereinigung Bund Naturschutz Sachsen e.V. zusammenzufinden.

„... am Anfang war die Idee ...
und das Herz ... und der Himmel
und die Erde ...
und heute ist da nur noch Sachsen ...“

Unter den großen medial verbrauchten Schlagworten von Nachhaltigkeit, Klimawandel und Lebensstil treten die konkreten Inhalte und regionalen Anliegen des Umwelt-, Natur- und Hei-

mat-schutzes zunehmend in den Hintergrund. Persönliches Engagement geht dort verloren, wo regionale Identität und Identifikation nicht mehr im Vordergrund für die ehrenamtliche Arbeit von Umwelt-, Natur- und Heimatschützern stehen.

Der Bund Naturschutz Sachsen e.V. bietet eine breite und fachlich starke Plattform für all jene, die sich hier in Sachsen für die Stärkung regionaler und sozialer Strukturen und konkreter Aktivitäten im weitgefassten Bereich des Umwelt-, Natur- und Heimatschutzes engagieren. Flache Hierarchien sowie thematischer und fachlicher Austausch schaffen ein konstruktives Umfeld für das Engagement der regional Aktiven.



Hiermit rufen wir alle zur Mitarbeit auf, die sich in diesem Sinne aktiv für den Naturschutz in ihrer Heimat hier in Sachsen einbringen wollen.“

Die Gründungsveranstaltung fand an einem historischen Ort, der Naturschutzhütte in Zwönitz im Erzgebirge statt. Hier trafen sich schon einmal am 28. Dezember 1989 verantwortungsvolle und ehrliche Naturschutz-Engagierte, um den damaligen Bund für Umwelt und Naturschutz Sachsen (BUNS) zu gründen, in dieser Tradition folgt nun unsere neue Naturschutzvereinigung.

Am 3. Januar 2014 erfolgte dann der Eintrag in das Vereinsregister (VR 3053) beim Amtsgericht Chemnitz. Am 12. Januar 2014 stellten wir den Antrag zur Aufnahme in die GRÜNE LIGA Sachsen e.V., dem am 14. Januar 2014 entsprochen wurde.

In der Folgezeit waren wir bemüht, neben den formalen Dingen auch die fachlich, inhaltliche Arbeit zu organisieren. Neben der Stellungnahmenarbeit haben wir eine Diskussion mit den regionalen Bauernverbänden zum Thema Agrotechnik begonnen, die ersten Aktivitäten zur Öffentlich-



*Foto:
Gründungsveranstaltung am 23. November in der Naturschutzhütte Zwönitz/
Bund Naturschutz Sachsen e.V.*

keitsarbeit (Wanderungen, Umweltplakate) sind angelaufen und mehrere Projekte (Wildapfel) befinden sich in Vorbereitung. Natürlich ist aller Anfang schwer, aber ihm wohnt auch ein Zauber inne.

Am 26. April 2014 führten wir dann in Zwönitz unsere erste Landesmitgliederversammlung durch. Neben den Beschlüssen zur Satzung und der Beitragsordnung wurden auch der Landesvorstand und die Kassenprüfer

gewählt, sowie die weitere Arbeit diskutiert. Zum Vorstand gehören: Wolfgang Riether (Landesvorsitzender), Grit Weiß, Eckehard Hollmann (Stellvertreter), Uwe Auerswald (Schatzmeister), Anke Roscher, Dietmar Weigel (Beisitzer).

Für den Herbst sind die ersten Arbeitseinsätze geplant, und die Projektvorbereitungen für das kommende Jahr sollen beginnen.

Wir hoffen, dass wir mit unserem Wirken ein kleines Stück der Natur in Sachsen bewahren helfen und damit gleichzeitig die Arbeit der Grünen Liga bereichern können.

// Wolfgang Riether
Landesvorsitzender

Neues Ökodorfprojekt im Norden der Republik

Restbauernhof steht zur Verfügung

Aufgrund einer Vermittlung des Trias-Instituts in Herdecke wandte sich die Vertreterin einer Erbgemeinschaft an den ecovillage e.V. mit der Bitte um Hilfe hinsichtlich der Umnutzung eines Bauernhofs nördlich von Osnabrück. Wir trafen uns auf dem Gelände. Im Folgenden möchte ich die Situation darstellen.

Vor Ort stellte sich heraus, dass es sich bei dem Objekt um ein ruhig und regelrecht idyllisch gelegenes Anwesen in Sichtweite der 7000-Einwohner-Gemeinde Ankum handelt. Die Landschaft ist leicht hügelig. Zum Hof gehören etwa 30 Hektar Acker, Wald und Wiesen. Das zurzeit leerstehende Gebäudeensemble besteht aus einem etwa 150 Quadratmeter großen Haupthaus in

gutem Zustand, das ausbaubar ist. Ferner gibt es einen Schweinestall, eine Scheune und einen Schuppen. Besonders auffällig im positiven Sinne sind kleine Seen auf dem Gelände, deren romantische Optik einen zum Träumen verleiten kann. Die Wasserflächen werden auch als Fischteiche genutzt. Es gibt einen Trinkwasseranschluss, das Abwasser wird über eine Sickergrube entsorgt. Hinsichtlich des öffentlichen Personennahverkehrs ist die Gemeinde über eine Buslinie mit dem Bahnhof der nächsten Stadt Bersenbrück verbunden, in Ankum gibt es einen Bioladen. Da die Bevollmächtigte Christine Hensen sehr interessiert daran ist, dass sich auf dem Gelände ein ökologisches Gemeinschaftswohnprojekt einrichtet, sucht sie hierfür Menschen, die naturverbunden leben und sich



Fotos:
aufgenommen
von Rolf
Brinkmann



selbst versorgen möchten. Das Ackerland ist verpachtet, könnte aber teilweise als Gartenfläche zum Anbau von Gemüse zur Verfügung stehen. Tierhaltung ist denkbar. Die Übernahme könnte im Sinne eines Pachtvertrages erfolgen, ich meine, die Chance sollte nicht vertan werden.

Frau Hensen ist erreichbar über die Mailadresse michaelploehn@gmx.de, ein Treffen vor Ort kann verabredet werden.

Rolf Brinkmann, ecovillage e.V., Glo-gauer Weg 38, 49088 Osnabrück, Tel. 0541-445941, ecovillage@gmx.de

// Rolf Brinkmann

Jens Heinze

Kein Atomschutt nach Grumbach!

Bürger aus der Region am Tharandter Wald wehren sich gegen Hinterlassenschaften aus dem Atomkraftwerk Stade

Wieder einmal sind die Menschen am Tharandter Wald aufgeschreckt. Wieder einmal gibt die Deponie in Grumbach (Stadt Wilsdruff) den Anwohnern Anlass zum Protest.

Deponie Grumbach: widerrechtlich, aber bestandskräftig

Ausgangspunkt der Deponie ist ein alter Lehmtagebau, der bis zur Wende zum Verklappen von Industrieabfällen und Müll aus der Umgebung genutzt wurde. In den 1990er Jahren kam dann die Firmengruppe Amand im Gefolge von „Landesvater“ Biedenkopf nach Sachsen und übernahm das Gelände. Die Altdeponie wurde nach oben abgeschlossen, eine Basisabdichtung ließ sich nachträglich nicht anbringen. Amand begann anschließend die Errichtung und den Betrieb einer Sondermülldeponie nach noch immer gültigem DDR-Bergrecht und bundesdeutschem Abfallrecht. Der damals noch eigenständigen Gemeinde Grumbach wurde erklärt, dass es bei der Errichtung der Neudeponie kein Mitspracherecht gibt. Die Gemeinderäte glaubten das. So erfuhr auch erstmal niemand, was da neben den letzten Häusern des Ortes am Entstehen war. Als dann immer mehr Laster aus dem In- und Ausland durch Grumbach rollten, von der Deponie üble Gerüche ausgingen und sich schwarzer Staub auf Fensterbretter und frisch gewaschene Wäsche legte, wurde nachgefragt. Doch da war es zu spät. Die Genehmigung des Deponiebetriebs war bestandskräftig, ein Widerspruch nicht mehr möglich.

Pläne für eine Müllverglühung

Im September 2001 wurde dann ein neues Vorhaben von Amand bekannt: Neben der Deponie sollte eine Müllverglühung entstehen. Das führte zu Protesten in der Umgebung und eindeutiger Ablehnung durch kommunale

Gremien. Anfang 2002 fand ein öffentliches Forum in Tharandt statt, auf dem Amand und Gegner des Projekts Argumente tauschten. Hier waren wirklich keine ernsthaften Argumente für die Anlage zu erkennen. Infolge der Proteste zog Amand dann im Februar 2002 den Antrag zurück, obwohl die Bedenken der Anwohner weitestgehend für unbegründet gehalten wurden.

Deponieerweiterung – nur in Light-Version

Ende 2007 wurde dann bekannt, dass Amand die Deponie um circa elf Hektar erweitern möchte. Auch die GRÜNE LIGA war als Träger öffentlicher Belange um ihre Stellungnahme befragt. Die öffentliche Auslegung der Unterlagen lief über die Weihnachtsfeiertage. Im Januar formierte sich die IG Keine Deponie am Tharandter Wald aus Bürgerinnen und Bürgern der umliegenden Ortschaften. Ich erstellte die Internetseite www.deponie-grumbach.de, auf der für alle die Antragsunterlagen einsehbar waren. Im Planfeststellungsverfahren gingen etwa 1800 Einwendungen gegen das Vorhaben ein. Nach längerer Sichtung und Bearbeitung durch das Regierungspräsidium Dresden (PRDD) als zuständige Behörde begann im Mai 2009 der Erörterungstermin. Angesetzt auf drei Tage mit zwei Reservetagen zeigte sich schnell, dass dem Vorhaben viele fundierte Argumente entgegenstehen. Die IG kämpfte gemeinsam mit den Städten Tharandt und Wilsdruff und vielen Bürgerinnen und Bürgern. Als die fünf Tage Anhörung vorbei waren, waren viele Themen noch nicht erörtert und die Behörde musste weitere Termine festlegen. Deutlich konnte herausgearbeitet werden, dass die Bedenken der Bevölkerung nicht nur aus einem Bauchgefühl resultieren, sondern dass die Unterla-

gen mangelhaft waren und die Planung nicht mehr der aktuellen Gesetzeslage entsprach. Lange hatte anschließend das PRDD zu tun, die Argumente beider Seiten aufzuarbeiten und das Wortprotokoll zu erstellen. Am Ende wurde die Erweiterung abgelehnt, Amand drohte, gegen diese Entscheidung zu klagen. Ein Kompromiss, auf den sich sowohl Amand als auch IG einlassen konnten, war, die bestehende Deponie so abzuschließen, dass die notwendigen Schrägen an den vorhandenen Deponeiekörper kommen. Das bedeutete und bedeutet für uns zwar weitere Jahre mit allen genannten Übeln einer solchen Deponie und weiteren rund 200.000 Tonnen Abfall zu leben, aber auch ein absehbares und gesichertes Ende des aktiven Deponiebetriebs. Für diese „Erweiterung light“ wurde aber der Katalog der Stoffe, die auf die Deponie dürfen, stark eingeschränkt. Dieser Kompromiss ersparte aber auch allen Seiten ein langwieriges Klageverfahren mit ungewissem Ausgang, das möglicherweise noch heute andauern würde. Insgesamt ein schöner Erfolg für vernetztes bürgerschaftliches Engagement gemeinsam mit kommunalen Vertretern und Umweltverbänden.

Und nun: Atomschutt aus Stade!

In den darauffolgenden Jahren drängten wir seitens der IG die Deponiebetreiberin immer wieder, den Stand der Dinge und aktuelle Entwicklungen zur Deponie öffentlich in den Amtsblättern zu publizieren. Das geschah leider nicht. Im Frühjahr dieses Jahres drang dann gerüchteleise aus Niedersachsen zu uns, dass Bauschutt aus dem Rückbau des Atomkraftwerks Stade nach Grumbach kommen sollte. Das wollten die von uns telefonisch befragten sächsischen Behörden weder dementieren noch bestätigen. Daraufhin gingen

Briefe sowohl an das sächsische als auch an das niedersächsische Umweltministerium und an Amand, die Landtagsgrünen starteten kleine Anfragen zum Thema Grumbach. Mitte Mai brachte dann die Antwort aus Niedersachsen die erste Gewissheit: Man habe sich ins Benehmen gesetzt, dass 2014 und 2015 jeweils 1000 Tonnen „bedingt freigemessener“ Bauschutt aus dem Atomkraftwerk Stade nach Grumbach kommen dürfen. Falls 2016 noch Platz auf der Deponie sei, seien auch nochmal 1000 Tonnen zulässig. Von Amand war zu erfahren, dass es eine Anfrage von E.on gegeben habe, aber noch keine Verträge existierten. Für uns hieß das, uns in ein neues Thema einzuarbeiten. Nach Veröffentlichungen in den Amtsblättern und auf unserer Internetseite brachten dann die ersten Artikel in Zeitungen und Beiträge in Rundfunk und Fernsehen eine bundesweite Wahrnehmung des Problems. Wir erfuhren in der Folge auch, dass der Heidekreis inzwischen solchen Bauschutt nicht mehr auf seine Deponie lässt, unter anderem weil um das Image als Touristenregion gefürchtet wird. Nach dieser öffentlichen Aufmerksamkeit kündigte Amand an, nur die inzwischen bereits vertraglich gebundenen 700 Tonnen Bauschutt aus Stade anzunehmen, auf die weiteren bereits genehmigten 1300 Tonnen werde man verzichten. Wir versuchten parallel dazu auszutloten, welche Möglichkeiten es gibt, die Transporte noch zu verhindern. Unser Fazit: Die Transporte sind zwar aus unserer Sicht nicht legitim, aber sie sind legal und rechtlich kaum anfechtbar. Sie basieren auf privatrechtlichen Verträgen¹, die Behörden müssen lediglich sicherstellen, dass die zulässige Strahlenlast pro Deponie und Jahr nicht überschritten wird. Der Abfall gilt – obwohl strahlend – nicht mehr als radioaktiv und wurde uns gegenüber als ungefährlich dargestellt. Beruhigt hat uns das alles nicht.

Unsere wesentlichen Argumente gegen den Schutt:

1. Wenn der Schutt wirklich ungefährlich ist – warum will ihn dann keiner haben?
2. Das zugrunde liegende 10µSievvert-Konzept² ist wissenschaftlich umstritten.
3. Es finden in Grumbach in der Re-

gel keine Messungen an den Transporten statt, weil sie als ungefährlich gelten.

4. Unsere Region hat bereits eine überdurchschnittliche natürliche Radioaktivität.
5. Es gibt keine ungefährliche radioaktive Strahlung.
6. Es ist unsinnig, angeblich ungefährliche Stoffe hunderte Kilometer weit zur Deponierung verschicken.
7. Auswirkungen der Strahlung auf die Basis- und Deckabdichtung der Deponie sind nicht erforscht. Die Deponie befindet sich in der Endphase, der Bauschutt kommt im Deponiekörper relativ weit nach außen.
8. Wir tragen mit all den giftigen Stoffen und dem Bauschutt aus dem Rückbau des Forschungsreaktors Rossendorf, der auch auf der Grumbacher Deponie liegt, bereits eine hohe Last für unseren Wohlstand. Und das für alle Ewigkeit, wenn der Betreiber schon längst aus der Verantwortung für diese Deponie entlassen ist.
9. Die Deponie beginnt unmittelbar neben den Häusern von Grumbach. Für die unmittelbaren Anwohner ist das Maß des Erträglichen schon längst überschritten.

Aus dem Sächsischen Umweltministerium (SMUL) erhielten wir schließlich die Einladung, am 9. September, 9 Uhr dabei zu sein, wenn der erste LKW aus Stade in Grumbach ankommt, um gemeinsam mit dem SMUL die Ladung zu messen. Das Angebot schlugen wir aus, weil wir die Einlagerung aus oben genannten Gründen prinzipiell ablehnen. Stattdessen starteten wir am Sonntag, den 7. September eine Mahnwache gegenüber der Einfahrt zur Deponie. Die Mahnwache war von Sonntag bis Dienstag durchgängig besetzt, die Zeitplanung erfolgte per doodle. Allein in dieser Liste hatten sich insgesamt ungefähr 100 Leute für die Mahnwache eingetragen, vor Ort waren sicherlich auch noch spontane Teilnehmer. So war die Mahnwache Tag und Nacht mit mindestens zwei bis vier Leuten besetzt, zu Beginn und zum Schluss der Mahnwache waren jeweils 50 bis 60 Leute vor Ort. Mit einer kurzen symbolischen Blockade der Zufahrt wurde die Mahnwache beendet. Die Messung der ersten Ladung aus Stade brachte das erwartete Ergebnis: alles ganz ungefährlich. Überzeugt hat uns das noch



immer nicht. Am 13. September fand dann in Grumbach eine Demonstration gegen den Stade-Schutt statt. Ein langer Zug von bestimmt mehr als 1000 Leuten zog vom Grumbacher Friedhof vor das Tor der Deponie. Angeführt wurde der Zug von einem Kreuz, das auch schon die Demonstrationen gegen die Erweiterung der Deponie begleitet hatte. Auf der Demo wurde eine Online-Petition gestartet, die sich an Amand wendet und fordert, dass auch die bereits vertraglich gebundenen 700 Tonnen aus Stade nicht nach Grumbach kommen. Innerhalb der ersten drei Tage wurde die Petition von mehr als 1500 Leuten unterzeichnet. www.deponie-grumbach.de/petition

Auch wenn die ersten LKWs mit dem Atomkraftwerk-Schutt ihre Ladung in Grumbach abgeladen haben, werden wir weiter dafür eintreten, dass es möglichst wenige Fuhren bleiben. Der Abbruch der stillgelegten Atomkraftwerke gehört neu überdacht. So, wie es bisher heimlich still und leise in Sachsen passierte, darf es nicht weitergehen. Auch die zugrundeliegenden Überlegungen wie das 10µSievvert-Konzept sind kritisch auf den Prüfstand zu stellen.

// Jens Heinze

Umweltbildungshaus Johannishöhe
und IG keine Deponie am
Tharandter Wald

Foto:
Jens Heinze

*1 In Sachsen werden die meisten Deponien Klasse 2 und 3 (umgangssprachlich Sondermülldeponien) privat betrieben. Diese Richtung wurde bereits in den 90er Jahren von der Staatsregierung forciert. Das hat auch zur Folge, dass auf die Geschäftspolitik seitens der Bevölkerung kein Einfluss über die demokratische Willensbildung erfolgen kann, so wie das bei einer öffentlich-rechtlich betriebenen Deponie der Fall wäre.
2 vgl. Strahlentelex 662/663 vom 7.8.2014*

Buchtipp



Töten per Fernbedienung – Kampfdrohnen im weltweiten Schattenkrieg

- 0 Sterne
Schlecht
- 1 Stern
Uninteressant
- 2 Sterne
Geschmackssache
- 3 Sterne
Lesenswert
- 4 Sterne
Empfehlenswert
- 5 Sterne
Unbedingt empfehlenswert!!!

Gezielte Tötungen von Verdächtigen gehören heutzutage nicht mehr nur zum täglichen Kriegshandwerk der USA, auch Großbritannien und Israel mischen mit – und viele weitere wollen folgen. In „Töten per Fernbedienung“ räumen die Autoren kräftig auf mit den immer wieder benannten Vorteilen Sicherheit und Präzision: Weltweit agieren „unbemannte Drohnen“ (engl. „Unmanned Aerial Vehicles“, kurz UAV), dabei sind häufig vor allem Zivilisten Opfer der Angriffe. Bei 118 im Jahr 2010 geflogenen Angriffen in Pakistan wurden knapp eintausend Menschen getötet, davon gerade einmal zwölf Terroristenführer. Seit 2004 schalten so vor allem die USA weltweit beliebig Menschen aus und müssen dafür keine Konsequenzen fürchten. Zum Buch ist zu sagen, dass sich einzelne Kapitel immer wieder auf dieselbe Quelle („A. Krishnan“) beziehen, mit der der interessierte Laie jedoch nichts anfangen kann. Im Verlauf dieser Kapitel tritt dieser Name vermehrt in trivialen Sätzen auf, was den Lesegenuss an diesen Stellen leider enorm schmälert, dennoch ist „Töten per Fernbedienung“ ein hochbrisantes Buch mit topaktuellem Themenbezug im Kampf gegen das Wettrüsten. Wer sich für die Thematiken Drohnen, Friedenspolitik und Lobbyismus interessiert, sollte nicht zögern, zuzugreifen.

// Roland Hauschulz

Peter Strutyński (Hrsg.): „Töten per Fernbedienung – Kampfdrohnen im weltweiten Schattenkrieg“; Promedia Verlag; 224 Seiten; 14,90 Euro



Glücksökonomie – Wer teilt, hat mehr vom Leben

„Reichtum besteht nicht in der Ansammlung von Geld, sondern in der Qualität menschlicher Beziehungen“ – Diesen Satz aus dem Klappentext kann sicherlich in ruhigen Minuten, im Warmen und bei einem Glas Wein, so gut wie jeder sinnierend unterstreichen. Diesen Trend hat nun auch die Wirtschaft erkannt, denn immer mehr Unternehmen setzen auf Open-Source, Gemeinschaft, soziale und ökologische Standards, Vorreiterpositionen – und sind erfolgreich!

Entgegen dem klassischen Wirtschaftsmodell, das von größtmöglicher Gewinnmaximierung und Ausbeutung ausgeht, sind Unternehmen, die sich besonders engagieren heutzutage gefragt und stärker im Wachsen als konservative Großkonzerne. Eigentum und Geld steigern das Wohlbefinden nur begrenzt. Ab einem gewissen Einkommen verschafft der „Mehrwert“ keine oder nur eine sehr kurze Befriedigung. Kooperation ist, was dauerhaft und langfristig für Zufriedenheit und damit auch Glück sorgt. Bücher über Glück zu lesen, macht glücklich, und dieses Buch über Glücksökonomie inspiriert dazu auch noch, es macht Mut auf neue Formen des Wirtschaftens, die sich nicht gegen den Menschen und das Leben richtet, sondern eben deren Wohl zum Ziel hat. Daumen hoch!

// Roland Hauschulz

Annette Jensen, Ute Scheub: „Glücksökonomie – Wer teilt, hat mehr vom Leben“; oekom Verlag; 306 Seiten; 19,95 Euro



Der Metzger der kein Fleisch mehr isst ...

Der weltweite Fleischkonsum nimmt immer weiter zu, damit einhergehend verändern sich die Bedingungen der Tiere in der Massentierhaltung dramatisch zum Negativen. Es wird im Akkord Fließbandarbeit betrieben, damit der Hunger der Menschen auf Fleisch befriedigt werden kann. Wenn man sich mit dieser Thematik genauer auseinandersetzt, möchte man doch eher auf Fleisch verzichten und Vegetarier werden. Der Trend hin zum Vegetarismus ist somit sehr aktuell, man möchte diese Qual nicht mehr unterstützen. Damit einhergehend stellt sich die Frage: Gibt es überhaupt eine Alternative zum kompletten Verzicht auf Fleisch? Anhand des Buchtitels, wäre zu vermuten, dass Schweisfurth ebenfalls Vegetarier geworden ist – aber nein – Karl Ludwig Schweisfurth war in den 60er und 70er Jahren größter industrieller Fleischproduzent Europas, doch im Zuge dessen hat bei ihm ein Prozess des Umdenkens eingesetzt. Er bezeichnet sich nun selbst als „Auswärtsvegetarier“, da er 1986 ein Zentrum für nachhaltige, ökologische Landwirtschaft in Herrmansdorf gegründet hat, um achtsam mit Tieren, mit den Böden sowie mit den Menschen umzugehen. Eine empfehlenswerte, interessante Biographie, die zum Nachdenken über den Fleischkauf und -konsum anregt.

//Nora Schiemann

Karl Ludwig Schweisfurth: „Der Metzger, der kein Fleisch mehr isst“; oekom Verlag; 208 Seiten; 19,95 Euro

Einladung zum Halbjahrestreffen 2014

Liebe GrünligistInnen,
liebe Interessierte,

unsere Landschaften ändern sich rasant: Autobahnen zerschneiden Wälder und Wiesen, Dörfer weichen Tagebauen, Höchstspannungsnetze durchziehen das Land. Mit der Energiewende kommen Maisanbau und Windenergieanlagen en masse. Welchen Wert messen wir da noch der Schönheit von Landschaften zu? Sollen wir Landschaften mühsam erhalten, die sich doch offensichtlich überlebt haben? Ist Landschaftsschutz noch zeitgemäß oder „echt von gestern“? Was uns unsere Kulturlandschaften bedeuten, welche wir erhalten oder gar wiederherstellen

wollen und welcher Landschaftsschutz machbar ist – darüber diskutiert die GRÜNE LIGA auf dem Halbjahrestreffen 2014! Es findet am 1. November im Weimarer Jugend- und Kulturzentrum „mon ami“ statt und wird von der Naturstiftung David finanziell gefördert. Die vorläufige Tagesordnung findet Ihr unten, aktualisierte Informationen zu gegebener Zeit auf der Internetseite der GRÜNEN LIGA. Zur besseren Planung bitten wir dringend um Anmeldung bis 05.10.2014 unter halbjahrestreffen2014@grueneliga.de halbjahrestreffen2014@grueneliga.de
// Katrin Kusche
Bundesgeschäftsführerin

Ablauf Halbjahrestreffen 2014

31.10.2014 : voraussichtlich 14 bis 18 Uhr: Bundessprecherrat, danach geselliges Beisammensein für alle Mitglieder, die bereits am Vorabend des Halbjahrestreffens anreisen möchten.

01.11.2014: 10 bis 16 Uhr: Halbjahrestreffen „Ist Landschaftsschutz noch zeitgemäß?“

- | | |
|-----------|---|
| 10.00 Uhr | Begrüßung
Katrin Kusche, Bundesgeschäftsführerin |
| 10.15 Uhr | Welche Rechte hat ‚die Landschaft‘?
Vortrag von Dr. Torsten Ehrke, GRÜNE LIGA e.V. |
| 10.45 Uhr | Energiewende allerorten –
Muss der Landschaftsschutz zurückstecken?
Vortrag von Prof. Ilke Marschall, Fachhochschule Erfurt |
| 11.15 Uhr | Diskussion |
| 12.00 Uhr | Mittagspause |
| 13.00 Uhr | Vom Zustand, den Mühen und dem Wert
traditioneller Landschaften –
Das Beispiel Streuobstwiese
Vortrag von Grit Tetzl, GRÜNE LIGA Thüringen e.V. |
| 13.30 Uhr | Kunstlandschaften statt Heimat? –
Über Verluste, Ökologie und ‚Schönheit‘
renaturierter Braunkohlegebiete
Vortrag von René Schuster, Bundeskontaktstelle
Braunkohle [angefragt] |
| 14.00 Uhr | Diskussion |
| 14.30 Uhr | Kaffeepause |
| 15.00 Uhr | Landschaften im Wandel, Umweltverbände im Dilemma?
NN, Deutsche Umweltstiftung |
| 15.30 Uhr | Diskussion |

Schlusswort - Dr. Torsten Ehrke



Termine

Bundessprecherrat der GRÜNEN LIGA

31. Oktober 2014, 14 bis 18 Uhr
Goetheplatz 9b, Weimar

Halbjahrestreffen der GRÜNEN LIGA e.V.

1. November 2014,
10.00 – 16.00 Uhr in Weimar,
Jugend- und Kulturzentrum „mon ami“,
Kleinkunstraum
Das Halbjahrestreffen steht allen Interessierten
offen, nicht nur Mitgliedern der GRÜNEN LIGA.

Seminar der GRÜNEN LIGA BKSt Wasser

3. November 2014
Thema: Nährstoffeintrag und Düngeverordnung/
Biomasseanbau; Seminar in Berlin
Nähere Informationen siehe Seite 5
und bald unter www.wrrl-info.de

Viele weitere Termine von den regionalen Gruppen der GRÜNEN LIGA sind auf unserer Homepage www.grueneliga.de zu finden.

Markt

Über die GRÜNE LIGA Bundesgeschäftsstelle zu beziehen (siehe Menüpunkt „Shop“ auf www.grueneliga.de):

NEU: Seminarmappe „Umgebungslärmrichtlinie. Rechtliche Aspekte zur Umsetzung von Maßnahmen“ 74 Seiten C4, alle Vorträge, EVP: 15 EUR + VK

Positionspapier „Flussauen zurückgewinnen – natürlichen Wasserrückhalt verbessern!“ 8 Seiten A4, EVP: 2,50 EUR zzgl. Versandkosten

Broschüre „Anleitung Lärmspaziergang“ 26 Seiten A5, EVP: 2,50 EUR zzgl. Versandkosten

Umweltbibliotheken-Wegweiser (2. Auflage): EVP: 6,54 EUR zzgl. Versandkosten

Alligator (Filzpuppe), Wäschezeichen mit GRÜNE LIGA-Logo und Schriftzug www.grueneliga.de EVP: 5,25 EUR zzgl. Versandkosten

Ringelblumensalbe, Johanniskrautsalbe, Beinwellsalbe, Dose mit GRÜNE-LIGA-Logo: EVP: je 3,25 EUR zzgl. Versandkosten

Notizblock mit GRÜNE LIGA-Logo, Größe: ca. 8 x 14,8 cm, mit Magnetstreifen zum Anhängen, zum Beispiel am Kühlschrank. EVP: 2,00 EUR (1,80 EUR für GRÜNE LIGA-Mitglieder ab fünf Stück) zzgl. Versandkosten

Bundesverband

GRÜNE LIGA e.V.

Bundesgeschäftsstelle (BGSt)
Greifswalder Straße 4
D-10405 Berlin

☎: 030/2044745
☎: 030/2044468
✉: bundesverband@grueneliga.de
oeffentlichkeitsarbeit@.....
material@grueneliga.de
alligator@grueneliga.de

Bundeskontaktstellen/ Facharbeitskreise:

BKSt. Agro-Gentechnik
Torsten Kohl
c/o GRÜNE LIGA Dresden/
Oberes Elbtal e.V.
Schützengasse 16/18
D-01067 Dresden
☎: 0351/49 43 353
☎: 0351/49 43 400
✉: dresden@grueneliga.de

BKSt. Braunkohle
Straße der Jugend 94
D-03046 Cottbus
☎: 0151/14420487
✉: braunkohle@grueneliga.de
www.lausitzer-braunkohle.de

BKSt. Gesteinsabbau
Uli Wieland
Lutherstraße 63, D-07743 Jena
☎: 01522/1960531
✉: gesteinsabbau@grueneliga.de

BKSt. Internationale Arbeit
Annette Baumann
Prenzlauer Allee 8
D-10405 Berlin
☎: 030/443391-70
☎: 030/443391-75
✉: gl.internat@grueneliga.de

BKSt. INTERNET.welt
Michael Krieger
c/o Bundesgeschäftsstelle
☎: 0177/5966165
✉: internet.welt@grueneliga.de

BKSt. Nach. Reg. Entwicklung
Tomas Brückmann
c/o ÖKOLÖWE (s.u. Sachsen)
✉: Tomas.Brueckmann@grueneliga.de

BKSt. Pflanzenöl
Michel Matke
c/o INOEL Pflanzenöltechnik
Bernhard-Göring-Straße 152
D-04277 Leipzig
☎: 0341/30654 20
☎: 0341/30654-21
✉: sachsen@grueneliga.de

BKSt. Verkehr u. Siedlungsentwickl.
Dr. Torsten Bähr
Peterssteinweg 18
D-04107 Leipzig
☎: 0341/2111800
✉: verkehr@grueneliga.de

BKSt. Wasser
Michael Bender
c/o Bundesgeschäftsstelle
✉: wasser@grueneliga.de
☎: 030/40 39 35 30

BKSt. Umweltbibliotheken
Katrin Kusche
c/o Bundesgeschäftsstelle

Facharbeitskreis Landwirtschaft
heute & morgen, Jens Heinze
c/o Umweltbildungshaus
Johannishöhe
✉: jens@johannishoehe.de

Facharbeitskreis Ökologischer
Landbau und Tourismus
Matthias Baerens, s. u. ECEAT
✉: baerens@baerfuss.de

Weitere Mitgliedsgruppen:

BI Kein Giftmüll nach Nessa
Uwe Claus
✉: kein-giftmuell-in-nessa@arcor.de

Bundesverband Pflanzenöle e.V.
Quenteler Straße 10
D-34320 Söhrwald
☎: 05608/35 24
✉: info@bv-pflanzenoele.de

ECEAT Deutschland e.V.
Möwenburgstraße 33
D-19006 Schwerin

GRÜNE LIGA Dresden/
Oberes Elbtal e.V.
Schützengasse 16/18
D-01067 Dresden
☎: 0351/49 43 353 ☎: -400
✉: dresden@grueneliga.de

GRÜNE LIGA Osterzgebirge e.V.
Große Wassergasse 9
D-01744 Dippoldiswalde
☎: 03504/618585
✉: osterzgebirge@grueneliga.de

Naturschutzstation Zippendorf e.V.
Am Strand 9
D-19063 Schwerin
☎: 0385/2013052 ☎: -2075571
✉: Naturschutzstation.Zippendorf@t-online.de

Netzwerk der Initiativgruppen
Gesteinsabbau e.V.
Uli Wieland
Lutherstraße 63, D-07743 Jena
☎: 01522/1960531
✉: gesteinsabbau@grueneliga.de

Umweltbildungshaus
Johannishöhe, D-01737 Tharandt
☎: 035203/3 71 81
☎: 035203/3 79 36
✉: info@johannishoehe.de

Regionalverbände

GRÜNE LIGA Berlin e.V.

Landesgeschäftsstelle
Prenzlauer Allee 8, D-10405 Berlin

ALLIGATOR, c/o GRÜNE LIGA e.V., Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin
PVSt, Deutsche Post AG, „Entgelt bezahlt“ A14 600

☎: 030/443391-0 (Zentrale)
☎: 030/443391-33
✉: berlin@grueneliga.de

Grünes Haus für Hellersdorf
Boitzenburger Straße 52 - 54
D-12619 Berlin
☎: 030/56499892
☎: 030/56499950
✉: gruenes.haus@alice.de

Berzirksgruppe Weißensee/
BAUM, c/o Petra König
Aubertstraße 37
D-13127 Berlin
☎: 030/9253070
☎: 030/96793079
✉: koenig.petra@berlin.de

GRÜNE LIGA Brandenburg e.V.

Landesgeschäftsstelle/
Regionalbüro Potsdam
Haus der Natur
Lindenstraße 34
D-14467 Potsdam
☎: 0331/20 155 20 ☎: -22
✉: potsdam@grueneliga.de

GRÜNE LIGA Meckl.-Vorp.

Landesgeschäftsstelle/
Regionalbüro Schwerin
Postfach 010243
D-19002 Schwerin
✉: mecklenburg-vorpommern@grueneliga.de

GRÜNE LIGA Sachsen e.V.

Landesgeschäftsstelle
Schützengasse 18
D-01067 Dresden
☎: 0351/49 43 350 ☎: -450
✉: sachsen@grueneliga.de

Regionalbüro Leipzig
Ökolöwe-Umweltbund Leipzig e.V.
Bernhard-Göring-Straße 152
D-04277 Leipzig
☎: 0341/3 06 51 85
☎: 0341/3 06 51 79
✉: info@oekoloewe.de

Regionalbüro Oberlausitz
Czornebohstraße 82 -
Sternwarte, D-02625 Bautzen
☎: 03591/605860
☎: 03591/607050
✉: oberlausitz@grueneliga.de

GRÜNE WELLE Umweltverein e.V.
Straße der Einheit 18
D-04769 Naundorf
☎: 03435/920089
☎: 03435/931751
✉: gruene.welle@grueneliga.de
www.gruene-welle.org

GRÜNE LIGA Hirschstein e.V.
Neuhirschsteiner Straße 25
D-01594 Hirschstein
✉: hirschstein@grueneliga.de

Büro GRÜNE LIGA Westsachsen e.V.
Stiftstraße 11, D-08056 Zwickau
☎: 0375/27119634
☎: 0375/27119635
✉: GL.Westsachsen@Arcor.de

Initiativgruppe Grüne Aktion
Westerzgebirge e.V.
PSF 1239, D-08306 Eibenstock
☎: 037752/55952

GRÜNE LIGA Thüringen e.V.

Landesgeschäftsstelle/
Regionalbüro Weimar
Goetheplatz 9b, D-99423 Weimar
☎: 03643/4 92 796
☎: 03643/49 27 97
✉: thuringen@grueneliga.de

Büro Arnstadt
IG Stadtökologie Arnstadt e.V.
An der Liebfrauenkirche 2
D-99310 Arnstadt
☎: 03628/640723
☎: 03628/746283
✉: arnstadt@grueneliga.de

Regionalbüro Eichsfeld
Kastanienhof, D-37318 Marth
☎: 036081/6 06 15 ☎: -18
✉: region.eichsfeld@grueneliga.de

GRÜNE LIGA Sachsen - FÖJ e.V.
Babelsplatz 3, D-09599 Freiberg
☎: 03731/166497
✉: info@gruene-liga.de

Evangelisches Einkehrhaus Bischofrod
Hauptstraße 3
D-98553 Bischofrod
☎: 036873/20474
☎: 036873/ 20048

**Mehr unter:
www.grueneliga.de**